

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtag nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei andern Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 6.50 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interate haben die achtseitige Langzeile ober deren Raum 1,20 M., Wortzeilen das restliche Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Lesungsbeilage 70 Pf., Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen ist der Zuschlag 100%. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Druckerei-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# STREIFITZ

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Eine gefahrdrohende Situation.

## Clond George über die mitteleuropäische Wirtschaftslage.

H. N. London, 28. November.

Clond George erklärte gestern im Unterhause, die Regierung sei sich über den Ernst der wirtschaftlichen Lage in Mitteleuropa vollkommen klar und habe auch bereits gemeinsam mit dem Obersten Rat in Paris die notwendigen Schritte zur Verbesserung der jetzigen Verhältnisse unternommen. Sie werde sich jedenfalls zu der Schlussfolgerung gekommen, daß nur die Eröffnung eines großen internationalen Kredits die Lage wirklich wesentlich erleichtern könnte. Für den Erfolg dieses Vorhabens sei die Mitwirkung der Vereinigten Staaten, d. h. ihrer Beteiligung an der Kreditgewährung, von größter Wichtigkeit. In London in Washington auch schon diesbezügliche Anregungen erfolgt. Ein völliger gegenseitiger Warenaustausch würde dementsprechend ebenfalls die Lage wesentlich erleichtern. Die Regierung wolle daher die Gelegenheit benutzen, die Angelegenheit auch in dieser Richtung zu fördern.

## Das endgültige Wahlergebnis in Frankreich.

Paris, 27. November.

Wahlergebnis sind sechshundert Resultate der Kammerwahlen bekannt. Es stehen nur noch zehn Sitze der Kolonien und mehrere sechs Sitze aus, wegen welcher ein zweites Wahlgang stattfinden muß. Gewählt sind 133 Antirepublikaner, 60 Radikale, 33 sozialistische Radikale, 27 republikanische Sozialisten, 6 unabhängige Sozialisten, 6 Dissidente Sozialisten, 133 Radikale, 60 Vertreter der Aktion liberale und 81 Konserverpartei. Die neue Kammer besteht aus 300 neuen Mitgliedern und 200 Mitgliedern, die schon der alten Kammer angehört haben.

## Keine Einigung im amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Washington, 27. November.

Der Kontrolleur für Brennstoffe teilt mit, daß die Grundlage der Vorschläge des Kabinetts für die Beilegung des Bergarbeiterstreiks eine Erhöhung der Löhne sämtlicher Bergarbeiter um 14 Prozent ist. Die Regierung werde vorläufig keine Lohnpreiserhöhung vornehmen. Der stellvertretende Präsident des Bergarbeiterbundes erklärt, daß die Bergarbeiter keine Antwort der Regierung nicht annehmen.

## Amerikanische Arbeiterforderungen.

Chicago, 28. November. (Reuter.)

Der Arbeit-Konvent hat ein weittragendes Programm angenommen, enthaltend die Verstaatlichung der Bahnen, Kanäle und aller fundamentalen Industrien, Abschaffung des Strafbrotts, Anerkennung der irischen Republik, den Arbeitstag von acht Stunden, die Arbeitswoche von höchstens 40 Stunden, Mindestlöhne und die Verurteilung der Kapitalisten.

## Die belgische Frage.

H. N. Paris, 27. November.

Der Ausschuss für die Unterbringung der Verantwortlichen für den Krieg prüfte gestern die belgische Frage und beschloß, alle Bewerber auf die die Entente ihre Anschuldigungen stützt, bekannt zu machen und das französische Geldbuch zu sammeln. Der Ausschuss kam noch zu keinem Beschluß darüber, ob er zunächst die Frage des Frankfurterkrieges, der Deportationen über der Verurteilungen behandeln solle. Erst nach der Beilegung der notwendigen Vorbereitungen wird die Liste der in diesem Zusammenhang auszuliefernden Personen veröffentlicht werden können.

## Die Unterbringung der Ausschüsse.

Berlin, 27. November.

Für die Unterbringung der Mitglieder der internationalen Untersuchungskommissionen für Ozean-, Marine- und Luftfahrtangelegenheiten — nach Berlin sollen 300 Offiziere aller Grade kommen — sind in Aussicht genommen: die Hotels Kaiserhof, Uffizieller, Adlon, Bristol, Continental, Deutscher, Hotel am Zoo, Hotel und Pension Gordenberg. Die Unterbringung der Mannschaften der Ueberwachungskommission wird teils

in reichseigenen Gebäuden, teils in besonders zu diesem Zwecke ermieteten Häusern (außer Betrieb befindlichen und nicht eingerichteten Hotels) erfolgen.

## Generalaussperrung in Spanien.

Madrid, 27. November.

Die Arbeitgeber haben mit allen gegen eine Stimme die allgemeine Ausperrung zum 6. Dezember beschlossen.

## Außtritt des polnischen Kabinetts.

Wien, 27. November.

Nach hier vorliegenden Nachrichten aus polnischer Quelle haben sämtliche Minister des Kabinetts Paderewski ihre Demission überreicht.

## Hilfe für Oesterreich.

Zur einseitigen Hilfeleistung für das von Hunger und Kälte so schwer bedrohte Oesterreich soll im Monat Dezember von jeder Großfirma 50 Gramm weniger abgegeben werden, und die dadurch gemachte Ersparnis von 2 Millionen Kilogramm Oesterreich zur Verfügung gestellt werden.

Die von Deutschland so rasch und bereitwillig zugesagte Hilfe hat in Wien tiefen Eindruck hervorgerufen. Man erklärt, daß die Meldungen über die deutsche Hilfeleistung die Stimme der Öffentlichkeit in Oesterreich um so mehr beeinflussen müssen, als die Nachrichten aus Paris die Hoffnung auf eine baldige Unterzeichnung durch die Entente sehr herabgestimmt haben.

Kopenhagen, 27. November.

Ein Telegramm aus Reykjavik besagt, daß das isländische Ministerium auf Ersuchen der österreichischen Regierung einen Ausbruch gebildet habe, der die Unterbringung von hundert österreichischen Kindern vorbereiten soll. Auch eine Geldsammlung ist zu diesem Zwecke bereits im Gange.

## Die Schuhhäftlinge.

### Reichsmilitärgericht gegen Ministerpräsident Dirsch.

In der Preussischen Landesversammlung hat Ministerpräsident Dirsch vor einiger Zeit auf die Anklage des Genossen Dr. Rosenfeld wegen zahlreicher zu Unrecht erlassener Schuhhäftbefehle die Erklärung abgegeben, er sei gern bereit, in Fällen, in welchen zu Unrecht Schuhhäft verhängt sei, zugunsten der Verhafteten einzugreifen.

Auf Grund dieser Erklärung hatte Genosse Dr. Rosenfeld den Ministerpräsidenten u. a. auf die Verhaftung des kommunisten Stanislaus Dymalla aufmerksam gemacht, welcher völlig grundlos am 17. Juni 1919 hier verhaftet worden ist, als er zwecks Teilnahme an dem Begräbnis Rosa Luxemburgs nach Berlin gereist war. Am 26. d. M. erhielt Genosse Rosenfeld von dem Ministerpräsidenten Dirsch die Nachricht, daß dieser keinen Anlaß gefunden habe, sich für eine Entlassung Dymallas zu verwenden. Glücklicherweise kam es auf die Intervention des Herrn Dirsch nicht mehr an. Inzwischen hat nämlich das Reichsmilitärgericht am 21. November 1919 den Schuhhäftbefehl gegen Dymalla aufgehoben.

Als: Der reaktionäre, von Militärtribunern beeinflusste Schuhhäftsenat des Reichsmilitärgerichts ist immer noch in der Anwendung des Schuhhäftparagrafen weniger rigoros, als der Scheinsozialist Dirsch.

## Sie reißen aus.

Auf den zuständigen Beamten liegen seit einigen Tagen Pakete nach dem Ausland, besonders nach Holland und vor von Verlonen, die in enger Verbindung mit den Schiebungen der Firma Parvus und Genossen stehen.

Ist der Regierung dies bekannt, und wird sie alle diese Gesinde eingehend prüfen, um ein Entweichen der Hauptschuldigen zu verhindern? Die Regierung und die rechtssozialistischen Größen haben doch zum Ueberdruß versichert, daß sie guten Mutes der gerichtlichen Feststellung der Anwesenheit antworten werden.

## Vor einer neuen Katastrophe?

Die außenpolitische Lage ist mit einem Schlage außerordentlich ernst geworden; wenn es nicht gelingt, im letzten Augenblick den wieder ins Rollen brockenden Stein des Krieges anzuhalten, so droht in wenigen Tagen eine neue Katastrophe. Fast scheint es Wahnsinn, und doch kann im Augenblick kein Zweifel darüber sein, daß die Ratifikation des Friedensvertrages plötzlich ausichtslos geworden ist, ja, daß neue kriegerische Verwicklungen bevorstehen.

Angesichts dieser Tatsache gilt es, alle Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und aufs nächternste, Veranlassung, Ursache und Ziel der augenblicklich gefahrdrohenden politischen Situation zu prüfen.

Die Veranlassung, die zur Verschärfung der politischen Lage geführt hat, ist die Kriegsgefangenenfrage. Der erste Note Clemenceaus ist als Antwort auf die Abreise des deutschen Unterhändlers in Paris, Herrn von Simson, eine zweite Note Clemenceaus gefolgt, die ergibt, daß die Haltung der französischen Regierung in der Kriegsgefangenenfrage nicht gerade einwandfrei ist. Hauptsächlich der ersten Note Clemenceaus, in der er behauptete, die französische Regierung habe keinerlei Verpflichtungen in der Frage der Kriegsgefangenen gemocht, die über die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Verpflichtungen hinausgehen, und keiner zweiten besteht ein Widerspruch. Die Note der deutschen Regierung, die äußerst überzeugendes Material als Gegenbeweis gegen diese französische Note brachte, ist nun in jeder Hinsicht durch die zweite Note Clemenceaus bestätigt worden. Clemenceau sagt jetzt, daß die Alliierten früher versprochen hätten, mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation zu beginnen, und zwar sollte dies in der Reihenfolge geschehen: erst die Gefangenen aus England, dann aus Amerika, dann die aus Frankreich. Diese Abmachung gibt Clemenceau nunmehr zu, nachdem er sie ganz offenbar in der ersten Note gelugnet hatte. Und er gibt als neuen Grund für die Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen an, daß die deutsche Regierung nicht alle ihre Verpflichtungen erfüllt habe, die die Voraussetzung zur Innehaltung des Versprechens gewesen sei. Wir sind entgegen der deutschen Regierung der Ansicht, daß sowohl die Anglegenheit der Versenkung der Flotte in Scapa Flow als auch das fesselhafte Spiel unserer Vatikum-Abenteurer Clemenceau wenigstens ein formales Recht gibt, seine Versprechungen zurückzuziehen. Trotzdem befindet sich in dieser Frage die französische Regierung moralisch ganz im Unrecht. Es erscheint uns als ein mit der Humanität völlig unvereinbarer Zustand, daß man versucht, die Auslieferung der deutschen Kriegsgefangenen nunmehr mit der Forderung des für englische Interessen bestimmten Schiffsbau- und Werkstoffmaterials zu verknüpfen. Von dem Vorwurf, die deutschen Kriegsgefangenen zu Schachern zu benutzen, wird die französische Regierung sich nach dieser letzten Note nicht reinigen können.

Diese Frage aber ist heute nicht mehr Kern der politischen Situation, sie ist nur noch äußere Veranlassung. Die Situation liegt anders. So sehr die deutsche Regierung und mehr noch das deutsche Volk in der Kriegsgefangenenfrage moralisch im Recht sind, so bedenklich und verwerflich ist es, diese Frage, in der wir als unterlegene Gegner auf die Gnade unserer ehemaligen Feinde angewiesen sind, zu einem politischen Konfliktartesten Stil zu gestalten! Das aber ist geschehen. Die deutsche Abordnung, die in Paris wegen der endgültigen Ratifikation verhandelte, ist plötzlich abgereist und hat auch sämtliche Sachverständige abgerufen, so daß jede Möglichkeit fernerer Verhandlungen vollkommen unterbunden ist. Die Ursache ist, wie keineswegs verkannt werden kann, nicht die Frage der Kriegsgefangenen, sondern die Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen.

Die deutsche Regierung fürchtet die innerpolitische Situation. Die Hindenburg-Demonstrationen, der Aufmarsch der deutschen Nationalen Kadaverhändler, das anmaßende Auftreten Gellertschs und Ludendorffs haben ihr gezeigt, wie stark die gegenrevolutionäre, monarchistische Bewegung geworden ist. Sie befürchtet, daß in dem Augenblick, in dem die Auslieferungsforderung auftritt, in dem die Kriegsschuldigen und die Kriegsverbrecher

Die Gegenrevolution dies als Signal zum allgemeinen  
Kaufmann benutzt. Und die Regierung sieht sich trotz  
Kasse und seiner Garden so unglücklich, daß sie sich  
dieser Situation nicht gewachsen glaubt. Sie versucht  
also die Auslieferung auf alle mögliche Weise zu  
verhindern und treibt deshalb unter Vorwand der  
Kriegsgefangenenfrage das deutsche Volk in einen neuen  
Konflikt, von dem niemand sagen kann, wie wir ihm  
wieder entrinnen werden.

Woher nimmt nun die deutsche Regierung den Mut zu  
einer solchen Katastrophenpolitik? Das ist nicht allzu  
schwer zu erkennen für den, der Einblick in die Verhandlungen  
in Versailles gehabt hat, und weiß, wie man in ganz  
ähnlichen Situationen solche Außenpolitik getrieben hat.  
Auch damals hoffte man, einen Konflikt unter den Alliierten  
heraufzubeschwören zu können, und erwartete, daß Amerika  
sich auf die Seite des vergewaltigten deutschen Volkes  
stellen würde. Das Ende war dann eine schwere diplomatische  
Niederlage.

Heute nun ist die Situation ganz ähnlich. Die deut-  
schen Unterhändler sind aus Paris abgereist, als die sichere  
Nachricht vorlag, daß Amerika den Friedensvertrag vorläufig  
nicht ratifiziere. Daß die Gründe für die Nicht-  
ratifikation in den wirtschaftlichen Interessen Amerikas  
liegen, daß sie vor allem mit der Frage des Stillen Ozeans  
zusammenhängt, und ihre Spitze gegen Japan richtet, scheint  
man im deutschen Auswärtigen Amt nicht erkannt zu haben.  
Amerika lehnt, um seine wirtschaftlichen Interessen besser  
wahrzunehmen zu können, jede Einmischung in Europa und  
daher die wichtigsten Bestimmungen des Völkerbundes ab.  
Am völliger Verkennung der Gründe der Haltung des ameri-  
kanischen Senats, glaubt die deutsche Regierung, wie sie  
fürsich mitteilen ließ, daß Amerika den Friedensvertrag  
nicht ratifiziere, weil sie ihn für undurchführbar halte.  
Wie damals in Versailles, so bestreitet die deutsche Regierung  
auch heute wieder irgendwelche unverbrügelte Zugeständnisse  
gegenüber unbesonnenen Amerikanern, auf Grund deren  
sie hofft, in einem Konflikt mit der Entente die Unter-  
stützung Amerikas zu finden. Deshalb bricht sie alle Ver-  
handlungen ab, gefährdet die Ratifikation des Friedens-  
vertrages, immer in der Hoffnung, daß bei einem ernstlichen  
Konflikt Amerika zu unseren Gunsten vermittelnd ein-  
greifen werde.

Da aber die wahre Ursache, die Auslieferung der  
Kriegsgefangenen, sowohl beim eigenen Volke, als vor der  
Welt ein sehr wenig günstiger Beweggrund für die Her-  
beiführung eines neuen Konfliktes ist, so bedient man sich  
der Kriegsgefangenenfrage, in der ohne Zweifel das  
moralische Recht auf unserer Seite ist. Die zweite Note  
Clemenceaus ist vor der deutschen zur Abwendung gelangt,  
ja, bei normaler Uebermittlung müßte sie vor der deut-  
schen in Berlin sein. Die deutsche Regierung mußte auf die  
Note geantwortet sein, denn sie mußte eine Antwort auf den  
Brief des Herrn von Versner erwarten. Außerdem kündigte  
die gesamte Entente-Pressen seit Tagen die zweite Note  
Clemenceaus auch schon inhaltlich an. Statt aber diese  
Note abzuwarten, hat die deutsche Regierung, um ihre  
moralische Position im eigenen Volke und vor der Welt zu  
stärken, dennoch ihre Note, in der sie Clemenceaus Behaup-  
tungen widerlegte, zur Abwendung gebracht. Sie brauchte  
diese Note zur Erzeugung einer Stimmung, die das  
moralische Recht in dieser gefährlichen Situation auf ihre  
Seite bringen soll.

Das Spiel ist frevelhaft. Zwar kennen wir die  
deutsche Regierung zu gut, um zu befürchten, daß sie  
Charakterstärke genug besitzt, auch nur zu ihren eigenen  
Fehlern zu stehen. Wenn es allein nach der deutschen Re-  
gierung ginge, so würde zum Schluß das Ganze eine so voll-  
kommene diplomatische Niederlage werden, wie das Geschehen  
vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Aber heute  
sind die Dinge ernster. Frankreich befürchtet eine ernst-  
hafte Gefährdung des Friedensvertrages, und niemand  
vermag abzuwägen, wie es auf neue deutsche Provokationen  
antworten wird. Das deutsche Volk erwartet von der Re-  
gierung, daß die Frage der Kriegsgefangenen nicht miß-  
braucht wird, um einen neuen politischen Konflikt herauf-  
zubekommen, dessen Entwicklung genau so wenig wie 1914  
abzusehen ist.

## Kunstbericht.

Der Hohenheimer Altar, gemalt im ersten Viertel des  
16. Jahrhunderts von Matthias Grünewald, das bedeu-  
tendste Werk deutscher Malerei, ist vor kurzem aus der Mün-  
chener Pinakothek nach Rom zurückgeführt worden, aus dessen  
Museum er bei Kriegsausbruch nach München in Sicherheit gebracht  
war. Er geht also nun über die Grenze nach Frankreich. Wil-  
helm Hausenstein hat dem Altar eine Schrift gewidmet,  
die ich ausdrücklich empfehlen möchte. („Der Hohenheimer Altar“,  
Verlag Walter G. B. Birch in München.) Hausenstein gibt die  
am feinsten empfundene Beschreibung der einzelnen Tafeln. Lei-  
der ist das Werk ohne Abbildungen. Diese Lücke füllt verhältnis-  
mäßig befriedigend die Grünwald-Kopie des Verlages G. A.  
Bormann in Leipzig-Wer, die farbigen Reproduktionen dieser  
Tafel vor Augen, dem Texte Hausenstein's aufmerksam folgt,  
wird eine große künstlerische Freude haben.

Der Deutsche Werkbund, der während des Krieges in  
ein bedeutendes Höhevermögen gelangt war, hat auf seiner Tagung  
zu Stuttgart den Entschluß zu einer inneren Erneuerung ge-  
faßt. Dem Vorstände gehören jetzt neben Hans Wigand an:  
Walter Gropius, Bruno Taut, Otto Haring, César Klein, Ernst  
Lohmann, so daß man auf eine fruchtbare Tätigkeit hoffen darf.  
Die erste Handlung des neuen Vorstandes kann jedenfalls begrüßt  
werden. Es ist eine Eingabe an die Preussische Landesver-  
sammlung und betrifft die Revitalisierung des öffentlichen Bau-  
wesens. Dieses lehrt ja bisher alles zu wünschen übrig.  
Die Auslieferung der staatlichen Bauten, die doch das Gesicht un-  
serer Städte wesentlich mitbestimmen, liegt bis heute in Händen  
von staatlichen Bauamten. Man hat die Erfahrung bewiesen,  
daß ausgerechnet künstlerische Bauamten nur ungenügend in den  
Staatseinstellungen stehen, sie sehen den freien Künstlerstand vor. Zum  
Staatsdienst fähig sind jene Architekten hingezogen, deren Stärke  
mehr die Bauverwaltung ist. Kein Wunder also, daß die  
Staatbauten fast alle so langweilig ausfallen. Der Werkbund  
beruht jetzt den Schwerpunkt, in dem das Preussische Ministerium  
der öffentlichen Arbeiten aufgestellt wird, um die durchaus be-  
rechtigte Forderung auszusprechen, daß künftig die  
Tätigkeit der Bauamten auf die Verwaltung be-  
schränkt werde und daß bei Aufstellung künst-  
lerischer Entwürfe für staatliche Bauten die  
bisherige Art und Weise der Ausschreibung der  
Bauarbeiten unter allen freien Architekten freigegeben werden.  
Für die Regelung dieser künstlerischen Fragen soll nach dem Vor-  
schlag des Werkbundes im Ministerium für Wissenschaft, Kunst

## Der Prüfling.

Dem Willen des Schwindels, der gegenseitig mit dem  
Betriebsratgesetz in Verbindung mit dem angeforderten  
Antistreibgesetz getrieben wird, fügen sich täglich einige neue  
Linien hinzu, die erkennen lassen, daß hinter den Kulissen  
eifrig gearbeitet wird, um einen großzügigen  
Streich gegen Arbeiterrechte und Koalitionsfreiheit zu  
führen. Die Drohung der Rechtssozialisten mit den „größten  
Konsequenzen“ wird heute in der Bourgeois-Pressen ausführ-  
lich behandelt, und man merkt aus jeder Zeile, daß man  
diesen Kämpfen für Arbeiterrechte nicht glaubt, und  
daß man ihren Widerstand noch weniger fürchtet. Die  
Demokraten erinnern ihre rechtssozialistischen Blodbrüder  
daran, daß das Zentrum die demokratischen „Vermitt-  
lungskontrakte“ unterstützt, so daß „man in demokrati-  
schen Kreisen die Lage ruhiger ansieht“. Das soll heißen,  
daß man schließlich nicht abgeneigt ist, das Gesetz ohne die  
Rechtssozialisten zu machen; aber man gibt auch zu ver-  
stehen, daß man noch immer auf eine Verständigung in letz-  
ter Stunde hofft. Auch wir glauben nicht an den Wider-  
stand der Rechtssozialisten. Jedenfalls hat es ihnen nicht  
viel geholfen, daß sie im kritischen Augenblick Herr  
Schäfer mit der Veimute des Antistreibgesetzes vorgeschickt  
haben. Die politischen Anwälte der kapitalistischen Restau-  
ration haben sich dadurch nicht von ihren Forderungen ab-  
drängen lassen. Sie verlangen die Erdrosselung der Be-  
triebsräte und der Koalitionsfreiheit.

Vor einiger Zeit erklärte der „Vorwärts“, das Be-  
triebsratgesetz sei ein Prüfstein. Das Blatt schrieb:  
„An der Gestaltung dieses Gesetzes wird die Arbeiterkassen  
ermessen, wie hart im neuen Deutschland die Kräfte sind, die  
aus der demokratischen Republik eine soziale Republik machen  
und in stetiger Weiterentwicklung dem wirtschaftlichen Sozialis-  
mus den Weg bereiten wollen. Daß die sozialdemokratische Frak-  
tion der Nationalversammlung diese Bedeutung des Gesetzes  
kennt und keinem Kompromiß, das eine Minderung der Arbeiter-  
rechte bedeutet, ihre Zustimmung geben wird, ist uns gewiß.“

Wir sind zwar der Meinung, daß es im Laufe des  
ersten Jahres der Republik schon mehrere Gelegen-  
heiten dieser Art gegeben hat. Und bei der Prüfung  
der Kräfte, die aus der demokratischen Republik eine  
soziale Republik machen wollen, hat die Arbeiterkassen  
diese „Kräfte“ niemals im Lager der Rechtssozialisten  
gefunden. Trotzdem möchten wir in diesem Augenblick an  
dieses „Vorwärts“-Wort erinnern. Hinzufügen möchten  
wir aber, daß jetzt die Art der Verabschiedung nur noch in  
Verbindung mit dem angeforderten Antistreibgesetz ge-  
wertet werden kann. Die höchsten Zu-  
ständnisse an die Betriebsräte werden werlos, wenn  
dafür das Koalitionsrecht zum Opfer gebracht werden soll.

## Immer noch der alte Schwindel.

Die Chauvinisten versuchen stets von neuem, die Völkerver-  
ehrung auf den Siebepunkt zu treiben. Und gerade die letzten  
Quellen sind ihnen die liebsten, um daraus ihren vergiftenden  
Sklamm zu schöpfen. Da ist kürzlich in einem der berühmtesten  
französischen Blätter, im „Petit Parisien“, zu lesen gewesen, Herr  
Tizard, der neuernannte Kommissar der Völkerverehrung im  
Rheinland, habe sich programmatisch über die Ziele der rheini-  
schen Politik Frankreichs geäußert. Was in dieser Rede ge-  
sagt worden sein soll, wird aber grobentworfene andegelegt. Die  
„Völkerverehrung“ ist den guten Willen des Herrn Tizard her-  
aus, eine Politik der Völkerverehrung treiben zu wollen. Gewisse  
deutsch-nationale Chauvinistenkreise jedoch wollen das direkte  
Gegenteil in ihr finden. Sie putzen die Angelegenheit zu einer  
großen Haupt- und Staatsaktion auf und sämtliche bürgerliche  
Parteien einschließlich der Regierungsozialisten im Preußen-  
parlament kriegen auf den Reim, trotz der Lehren des Antieses,  
die doch bitter genug waren.

Wir lehnen es natürlich — wie auch Genosse Rosenfeld in  
der preussischen Landesversammlung nachdrücklich betonte — en-  
schieden ab, solchen sauren Speck mitzumachen. Zeitungsnachrich-  
ten dieser Art sind keine geeignete Grundlage zu politischen Ak-  
tionen. Wir haben auch nicht die geringste Ursache, den Chau-  
vinisten lächen und drüben in die Hände zu arbeiten, sondern wir

und Volkbildung (s. n.) ein besonderes Merkmal geschaffen werden.  
Die Aufgabe des neuen Akzenten wäre die Auswahl der Archi-  
tecten für jeden neuen Staatbau, wobei er von den „Baukunst-  
räten“, wie sie sich sprachen an verschiedenen Stellen gebildet  
haben, beraten werden kann. Natürlich hängt nun alles von der  
Wahl des richtigen Akzenten ab. Mit Recht verlangt der Werk-  
bund von ihm „umfassende Kenntnis und intelligen Zusammenhang  
mit dem gesamten zeitgenössischen Kunstleben“. Nach unserem  
Dafürhalten müßte er schließlich auch die wichtige Gabe besitzen, für  
seine Entscheidungen die Allgemeinheit zu interessieren, ja diese  
in irgend einer Form zu den Entscheidungen heranzuziehen. Dann  
erst haben wir ein öffentliches, nicht mehr ein geheimes Bau-  
wesen. Der Qualitätsbegriff allein bringt uns nicht weiter. Ziel-  
leicht vereinigt Adolf Otto, der Generalsekretär der Deutschen  
Gartenstadtgesellschaft, am ehesten die notwendigen Eigenschaften.  
Auch Ernst Orhaus bringt vieles für dieses Amt mit, auch  
Erwin Redlof.

Die Räume der Akademie der Künste am Pariser Platz füllt  
die „Juryfreie Ausstellung ehemals selbstgewählter  
Künstler“. Man hat getadelt, daß das Ministerium die Aka-  
demie — man denke die Akademie der Künste — für eine Aus-  
stellung hergab, die jeden Künstler zuläßt, weil sie juryfrei ist. Es  
läßt sich beim besten Willen nicht leugnen, daß zum größten Teile  
Schund die Wände deckt. Aber das war doch früher, als noch die  
Akademie allein hier ausstellen durfte, auch nicht viel anders.  
Jetzt hängen hier Bilder, die jene Bilder noch machen, die die  
Herrn Akademiker, die Brant, Heister, Meyerheim, Prengel,  
Boyer oder Berner... auch nicht geschaffen, sondern wiederum  
ihren Vorbildern generationsweise hinauf bis zu Rembrandt und  
Rubens nachgemacht haben. Man sieht daraus, wie langsam es im  
Grunde ist, wenn sich die sogenannten natürlichen Wasser auf die  
Natur berufen und den Expressionisten vorwerfen, sie seien un-  
natürlich. Tatsächlich liegt es so, daß sich seit Rembrandt keiner  
dieser akademischen Maler der Natur wirklich wieder mit eigenen  
Augen angesehen hat, auch nicht, wenn er schwärze oder freierend  
mitren in der Natur sah. Sie alle sehen nur immer die Mal-  
weise ihres Vorbildes. Jetzt sind nun freilich in der Akademie viele  
Stimmen ausgesprochen, die aber nur genau das nämliche tun, was  
die Herren Akademiker mit etwas mehr Scharf und Routine, doch  
nicht mit größerer Kunst, immer getan haben: nachmalen. Die  
Ausstellung ist lehrreich, weil sie Propaganda machen kann für  
die Erkenntnis, daß die akademische, die so schönbar natürliche

erkunden unsere Vorkämpfer Aufgabe darin, hervorzuhoben, daß  
die Völkerverehrung ein und nicht, was sie trennt. Und  
wir haben vor allem die Pflicht in diesem Sinne zu arbeiten, so  
mit die tiefen Tündern, die der Welt durch die übermächtige  
Schuld der deutschen Macht haben zugefügt wurde, so rasch wie  
möglich zu beheben. — Völkerverehrung wollen wir treiben.

## Glockenklang über alles.

In einer Ansprache an die Regierung beschwerten sich die  
Nationalversammlung Abgeordneten Kumm und Schö-  
nberger, daß die Reichsregierung die materiellen Bedürfnisse der  
Volkswirtschaft aber die seelischen Bedürfnisse der Bevölkerung  
gestellt und das Glockenrecht, das unter Verletzung der Verfassung  
zu mörderischen Zwecken enteignet, nun zum Teil zu profanen  
wirtschaftlichen Zwecken verwendet hat. Sie beschwerten sich weiter,  
diesmal mit Recht, daß die Glockenfirmen über Glockenbesitz  
verfügen, sie aber nur zu Wucherpreisen anbieten, und ferner  
beschrieben an, was die Regierung zu tun gedankt, um die  
Kirchengemeinden jetzt oder später die Beschaffung von Glocken-  
bronzengießereien unter Berücksichtigung des Entschädigungsrechtes zu ermög-  
lichen. Und weil sie meinten, daß die Regierung ganz andere Maß-  
nahmen hat, als durch Beschaffung billigen Glockenbronzes für die  
„seelischen Bedürfnisse der Bevölkerung“ zu sorgen. Zunächst  
muß das Volk in seinen materiellen Lebensbedingungen sich  
sichert werden. Dazu ist Arbeit und zur Arbeit Rohstoffe un-  
wendig. Die „seelischen Bedürfnisse“ können vorerst nicht  
Glockenangelänge berührt werden und müssen es solange, bis die  
wichtigsten erträgliche Zustände herbeigeführt und der industrielle  
Materialmangel behoben ist.

## Auch immer Postknappe.

Das Verbot der Vorlesung pazifistischer Werke des  
Andreas Blyso beweist, wie die heutigen Macht haben in Deutsch-  
land in ihren verborgensten Hinterhalten den Völkerverehrung  
schaffen. Eine Bestätigung dessen geht auch klar daraus hervor,  
daß die ausländische Korrespondenz des Bundes Neues Vaterland  
noch immer überwacht wird. Der Bund hat von der  
„Claret“ aus Paris ein sehr herrliches Begrüßungsschreiben emp-  
halten, in dem es u. a. heißt: „Wir zählen auf Deutschlands Hilfe  
für dieses Werk einer moralischen Hebung der Menschheit.“  
Dieses war auf Grund der Verordnung vom 15. November 1918  
offen. — Weiter! Auf Anregung des Bundes Neues Vaterland  
hat sich in Polen eine Liga für Völkerverehrung gebildet,  
aus Polen und Deutschen besteht und in der in erfreulicher  
für die Verhandlung zwischen Polen und Deutschen gearbeitet  
wird. Auch die Korrespondenz mit diesem Kreise wird von den  
deutschen Behörden derartig überwacht, daß dagegen Protest  
hoben werden müßte. Wie man im Falle Blyso den Völkerverehrung  
als Vorwand vorsetzt, so wird man bei der Postüberwachung die  
Möglichkeit von Vermögensschädigungen geltend machen. Es  
übrigens sich wohl, es anzuspüren, daß die Vermögensschädigung  
rade dort zu suchen sind, von wo diese Schikanen ausgehen.

## Zur Vorbereitung des Reichsschulgesetzes.

Die erste Tagung des ständigen Ausschusses zur  
Bereitung des Reichsschulgesetzes und der Reichsschul-  
schulgesetzgebung wurde gestern vom Innenminister  
Schul im Reichsministerium des Innern eröffnet. Am  
waren Vertreter der Kultusministerien der Länder und der  
größten Gemeindeverbände Deutschlands. Als Programm  
Tagung wurde vom Vorsitzenden im Ausschuss genannt: die  
Beratung des Gesetzes zur Regelung des Art. 146 Abs. 2 des  
Grundgesetzes, dessen Fertigstellung für diesen Winter zuge-  
sagt ist, und die Vorbereitung der Reichsschulgesetzgebung,  
sollten einige andere dringliche Angelegenheiten her-  
vorkommen.  
Jedem wurde größere Erwartungen an eine wirkliche  
Besserung versprochen, auf rein kapitalistischer Grundlage  
erhalten Schulwesen wird man an die Beratungen des  
Ausschusses nicht knüpfen können. Das schwächliche Schulgesetz  
zwischen Rechtssozialisten und Zentrum bei den Verfassun-  
gshandlungen in der Nationalversammlung hat dies zur  
Bewiesen.

Neue französische Minister. Der Abgeordnete Léon Claret  
ist zum Minister des öffentlichen Unterrichts und der  
Künste, der Abgeordnete Louis Dubois zum Minister für  
Industrie, Post und Telegraphie und der Abgeordnete  
Trocauer zum Innenminister ernannt worden. Die neuen Minister  
gehören sämtlich der  
Clemenceau-Blod.

Kunst, die vollendetste Unnatur ist, nämlich Manier.  
haben in dieser Ausstellung: Günter Stübemann, Arthur  
Alfred Juch, Billy Joch, Richard und Edith Eulich,  
die Postler Alwin Köstel, Karl Müller und Johannes  
„Manier“ fällt bis zum Ueberdruß die Wände in der  
Ausstellung der Berliner Sezession, Ausstellung  
Nr. 22. Unter den 112 Bildern zählte ich vier, die von  
Empfindung erfüllt sind: von Rogan's Jeller die „  
und das „Mädchen“, von Jakob Steinhardt die „  
und von Max Erich Krollas die „Kreuzigung“.  
„Jocca“ von Louis Corin's stellt als „Maler“  
das meiste der expressionistischen Kunstausstellungen  
nur den Expressionismus kompromittiert in den Scherz  
Bild „Wandspinnweb“ von Margarete Meyer. Weis  
nigstens lustig ausgedacht und hübsch gezeichnet. Unter den  
sind die besten der „Jüngling“ von Walter Suttner  
und der weibliche Torso von Franz Weingart.

Die neuen Räume der Nationalgalerie im ehemaligen  
Kronprinzenpalais Unter den Linden sind am  
Edele im ersten Stock erweitert worden. Im ersten  
100 ausgewählte Handzeichnungen deutscher Künstler  
ausgehängt. Im folgenden Raum liegen für die Besucher  
zeitchriften aus. (Hier fehlt ein Bild: „Mit Vorlieb“  
nehmen!) Es folgt ein Saal, in dem die großen  
Nationalgalerie an Handzeichnungen jedem Besucher auf  
an Tischen ausgegeben werden. Der letzte Saal ist  
tragdramm hergerichtet werden. — Die geleistete Arbeit  
trotz mancher verbelegte Anerkennung. Direktor Jell  
die ausgewählten 100 Wände ein Vermittel ge-  
sunder anregen soll. Sie weitere Nachbarkarten zum  
Studium in der Hand anzufordern. Hoffentlich wird  
umfangreicher Gebrauch von dieser Einrichtung gemacht  
weniger beamtet als die Aufmachung, um so besser  
nicht verschweigen, daß die getroffene Auswahl mit  
„geheimlich“ ist. Es müssen sich wieder nationale  
Mänschen ein, Mänschen auf Vollständigkeit der  
Weider usw. Für den von Juch mit postreifer  
himmeln Charakter der Schau-Sammlung als  
Gerade doch wieder zu farrnhaft. Wände  
Diele — und nicht die Schicklichsten — zu ver-  
die Kouartelle von Rolde am besten Blau.

# Niedrige Methoden.

Von gutunterrichteter Seite erhalten wir folgende Zuschrift: Unter vorstehender Überschrift hat die „Freiheit“ in ihrer Ausgabe des Treiben der Rechtssozialisten gegen den neuen Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes entsprechend gekennzeichnet. In der Besprechung dazu gab die Veröffentlichung eines Rundschreibens des Vorstandes des D. M. V. an die Bezirksleiter und Bevollmächtigten durch den „Vorwärts“. Die „Freiheit“ hat mit Recht hingewiesen, daß die Veröffentlichung eines vertraulichen Rundschreibens eines Gewerkschaftsvorstandes durch ein Arbeiterblatt, als welches sich ja der „Vorwärts“ noch bezeichnet, die Gewerkschaft aufs Schwerste schädigen muß und daß diese Kampfmethode als auf dem denkbar tiefsten Niveau stehend zu bezeichnen ist, wenn dabei der Zweck verfolgt wird, einen nicht gewählten Vorstand zu bekämpfen. Dieses Treiben der Rechtssozialisten und des „Vorwärts“ erweist sich aber erst recht als eine beispiellose Niedertracht, wenn man die Entstehung und die Verbreitung des vertraulichen Rundschreibens näher kennt.

Dieses Rundschreiben ist von dem Mitglied des Vorstandes Reichel verfaßt worden. Reichel ist aus dem alten Vorstand übernommen und gehört der rechtssozialistischen Partei an. Der Vorstand in seiner Gesamtheit hat zu dem von Reichel verfaßten Schreiben nicht Stellung genommen. Das Schreiben wurde nur den Bezirksleitern und Bevollmächtigten zugestellt. Soweit uns bekannt ist, hat der Berliner Bevollmächtigte den Inhalt des erwähnten Schreibens den Mitgliedern der Ortsverwaltung nur im Auszug mitteilt, ohne es an irgend eine Person auszuhändigen. Bereits vor mehreren Tagen wurden in den Berliner Betrieben von Rechtssozialisten fotografische Abzüge dieses Schreibens verbreitet. Diese Abzüge trugen außerdem die Unterschrift von vier Mitgliedern des Vorstandes, die auf dem Original fehlten. Daraus geht hervor, daß nur eine von den Verhältnissen in Stuttgart vertraute Person den Berliner Rechtssozialisten dieses Schreiben zugestellt haben kann, offenbar zu dem Zweck, Propaganda damit in den Betrieben zu treiben. Es hat den Anschein, als ob dieser ganze Manöverplan von den Rechtssozialisten wohl vorbereitet ist, um den neuen Vorstand bei den Mitgliedern zu diskreditieren. Welche Gefahren durch dieses Treiben für die gesamte Organisation heraufbeschworen werden, hat die „Freiheit“ bereits hervorgehoben; ich will darauf nicht weiter eingehen.

Ich kann aber auch den neuen Vorstand nicht ganz von Schuld freisprechen. Seine Pflicht war es, Vorsorge zu treffen, damit die Vorstandsmitglieder nicht in der Lage sind, derartiges Schreiben zu entlassen. Es ist ja verständlich, wenn die zur Opposition stehenden Mitglieder des Vorstandes mit den alten Vorstandsmitgliedern in förmlicher Weise zusammenarbeiten wollen, aber wozu allzu große Vertrauensseligkeit führt, beweist dieser Vorfall. Offensichtlich wird der Vorstand Mittel und Wege finden, um die diesem Treiben in Zukunft einiegel vorgeschoben wird.

## Was gilt ein Unternehmerwort.

Aus dem Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Die Rechte der Arbeiter-Vertretungen in den Metallbetrieben ist nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Bestimmungen vom 1. November gesichert worden. Wie das geschieht, zeigt folgender Fall.

Im Glühlampen-Werk, Fehlnholzstraße, waren Arbeiterauswahlgewahlen angelegt. Es waren der Direktion aber wohl Beschlüssen aufgefallen, daß bei dieser Wahl die verbotenen Gewerkschaften, trotz eifriger Verhinderung gelber Reiter, nicht unterzogen sind. Ganz plötzlich siehe man die Wahlen ab und hatte unsere Kolleginnen eine von der Direktion bestimmte gelbe Wahlkommission. Wo diese Kommission gewählt wurde, weiß nur die Direktion. Flugblatt Nr. 4 von der Firma Siemens unterzeichnet, enthält folgenden Text: Entlassene, ehemalige Arbeiterauswahlgewählten können wiedergewählt werden. Die Arbeiterliste des Elmo-Werks stellt nun die Wahrscheinlichkeit der Firma auf die Probe. Und siehe da, von den ausgesetzten Wahlgewählten ehemaligen Ausschuß-Mitgliedern hatte die Direktion als Beweis der Gewissenhaftigkeit. Nun lehnte noch, daß sich das Werk, daß vom 15. 12. 10 bis 3. 1. 11 Arbeiterfesttage von der Firma eingeleitet werden, bemerkt. Das würde dem Hause den Boden aufschlagen. — Die Aktie steht die Firma offen auf, indem laut Grund vollendeter Betriebsdemokratie sie auch Wahlen von Vertrauensleuten und Obkuten in den Betrieben ansetzt. Es

kommt die langweilige Wirkung der meisten Parteiparolen und der sprachlichen braunen Reden, um den tiefsten Ausmaßcharakter wieder einzuführen. Will Juch sein Ziel erreichen, so muß er mit viel ursprünglicheren Mitteln arbeiten trotz Schwierigkeit. Als in Aufstand die Revolution siegte, ging das Kultusministerium mit einer großartigen Energie an die Arbeit. Ein intensives Schaffen begann, weil man die Verpflichtung einer sozialistischen Regierung anerkannte, das Menschenmögliche für die geistigen Bedürfnisse des Volkes zu leisten. Und bei uns? Weil das Ministerium das Kulturpalais gern für sich haben möchte, muß die Museumleitung jeden Tag gewärtig sein, einpausen zu müssen. Um das notwendige Kleingeld für den Betrieb der Museumleitung — Voraussetzungen für einen proletarischen Museumsbesuch — zu schaffen, kam Juch auf den Ausweg, an drei Wochentagen 1 M. Entree zu erheben. Das sind Kulturpalais in der „sozialistischen“ deutschen Republik. In Rußland werden dem Konsortium russischer Künstler Millionen zur Verfügung gestellt für Museen, Kurse, Ausstellungen. Bei uns wird Herr Krieger Direktor, weil er gnädigst eine Million für die Werke aller deutschen Akademien hinterläßt — Ich will noch anmerken, daß Juch für die Schaustellungen einen „Führer“ verfaßt hat, der für 2 M. in der Galerie käuflich ist. (Eine Ausgabe für 18 M. mit guten Reproduktionen aller 100 Blatt erschien im Verlage Julius Bard, Berlin.) Alles in allem: Juch geht sehr zögerlich vor, allzu zaghaft, (Arthur Kompf gehört unter Umständen in die Reihe derer, die die Kulturpalais für die Arbeiter zu den wackeligen Beamten des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die nicht ausgeprochen rüden, weiß geben.

## Zur Erweiterung der Volksbühne.

Zeit einiger Zeit haben Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Freien Volksbühnen und den Vertretern der preussischen Staatsverwaltung wegen Ueberlassung der Aroll-Sperre für die Freie Volksbühnen. Der Wunsch des mecklenburgischen Theaters soll nach bestimmten Plänen zu einem modernen Bühnenhaus mit 2000 guten Plätzen für die Zuschauer aus einem Kostenaufwand von mehreren Millionen erfolgen. Die Verhandlungen werden mit ihrem Personal und Orchester sowie mit dem Haus vollständig auf Verträgen, abwechselnd Oper und Schauspiel veranlassen. Die Verhandlungen haben jedoch

ist noch niemandem bekannt gewesen, daß die organisierten Arbeiter sich von Unternehmern Wahlen für Gewerkschaftsfunktionäre vorschreiben läßt. — Vielleicht aber nimmt die Firma auch meine Wahl und die des Kollegen Juch in den Betrieben vor, wie wäre es denn Herr v. Siemens?

## Sozialisierung in Norwegen.

Aus Kristiania wird uns geschrieben: Die gemeinsame Sozialisierungs-Kommission der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsorganisation hat eine Landeskongress mit Vertretern der Arbeiter in der Maschinen- und Bauindustrie und der staatlichen, militärischen und Eisenbahnerwerkstätten abgehalten, um einen Vorschlag der mechanischen Arbeiter für die Sozialisierung der mechanischen Industrie und der Bauindustrie zu diskutieren. Nach dem Vorschlag ist die Vorbereitung für die Sozialisierung, daß die Produktion durch Industrierräte zu leiten sei, bestehend aus Vertretern der Hand- und Kopfarbeiter, sowie aus Vertretern der Gesamtheit.

Es wurde eine Resolution angenommen, in der unterstrichen wird, daß der Plan der Maschinenarbeiter ein wichtiges Glied im Kampfe der Arbeiterklasse für die Sozialisierung ist. Die Kongress erklärt, daß die ganze Gesellschaft an der Abschaffung des Privatkapitalismus interessiert sei, damit die planlose Leitung des ökonomischen Lebens und die Ausbeutung der Arbeiter einmal verhinde. Die Sozialisierung könne nur durch die Aktion der Massen durchgeführt werden. Ein wichtiges Moment in der Lösung der Sozialisierungsfrage sieht die Kongress im Kampfe für die Aufhebung jeder Blockade gegenüber den Ländern, wo die Sozialisierung schon im Gange ist. Um die Sozialisierung vorzubereiten und durchzuführen, sind sofort Vorkomitees zu organisieren.

## Gleichberechtigung der englischen Eisenbahner in der Eisenbahuleitung.

Die englischen Eisenbahner können einen weiteren Erfolg verzeichnen. Der Kampf der gesamten Arbeiterklasse geht dahin, einen Anteil an der Leitung der großen Industrien zu haben. Sie wissen, daß die Unternehmer sich versuchen werden, die Arbeiter auszubeuten, und sie wollen deshalb die Geschäftsführung kontrollieren, um der Cessens lästigkeit gegenüber jederzeit in der Lage zu sein, Beweise für die Nichtigkeit der Arbeiterforderungen zu erbringen.

Das haben die Eisenbahner jetzt zum größten Teil erreicht. Die Regierung hat einen Plan ausgearbeitet, nach dem bei jeder der verschiedenen Bahnen (die in England Privatbesitz sind) ein Amt eingesetzt wird, das aus fünf Unternehmervertretern und fünf Arbeitern zusammengesetzt ist. Von den fünf Arbeitern werden drei aus dem Eisenbahnerverband und zwei von der Maschinenvereinerung entsandt. Diese zehn sollen verantwortlich sein für alle den Dienst betreffenden Fragen. Sie haben ein einleitendes Streiksgesetz die Verhandlungen zu führen, und es gibt keine Angelegenheit, die außerhalb ihrer Befugnisse läge. Sie haben Generalvollmacht, die Arbeitervertreter jedoch nur soweit, als sie den Beschlüssen des Exekutivkomitees ihrer eigenen Organisation folgen müssen.

Ist das neu geschaffene Amt nicht in der Lage, einen Streikfall zu lösen, so kann die Angelegenheit einer anderen Körperschaft unterbreitet werden, in der auch die allgemeine Öffentlichkeit eine Vertretung hat. Diese Körperschaft soll aus 12 Männer bestehen, vier Arbeitern, vier Vertretern der Eisenbahngesellschaften und vier des allgemeinen Publikums. Da aber auch Arbeiter so gut wie Kapitalisten zum allgemeinen Publikum gehören, soll von den letzten vier einer ein Gewerkschaftler aus einer anderen Branche, und einer ein Vertreter der Konsumgenossenschaften sein. Außerdem ist ein unabhängiger Vorsitzender vorgeschrieben.

Das Streikrecht ist damit nicht abgeschafft. Das erklärte der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes ausdrücklich in einer großen Eisenbahnerversammlung zu Bristol. Keine Körperschaft habe die Macht, ihnen dies Recht zu nehmen; aber natürlich würden sie nicht streiken, solange über eine Angelegenheit noch verhandelt werde.

Außerdem aber sollen auch drei Arbeiterdelegierte mit gleichen Rechten in dem Eisenbahn-Exekutiv-Komitee sitzen, das seit dem

wegen finanzieller Schwierigkeiten bisher noch zu keinem endgültigen Reultat geführt und es besteht die Gefahr, daß die Volksbühnen völlig ausgelassen werden, weil sie nicht im Stande sind, auf die finanziellen Bedingungen der Staatsverwaltung (Finanzministerium) einzugehen. Umso dringlicher ist es die Politik des Staates, die so eminent wichtige Theaterfrage kulturpolitisch und nicht nur finanzpolitisch zu betrachten. Ferner ist es Aufgabe der Stadt Berlin oder des kommenden Groß-Berlin, sich der Sache anzunehmen. Bei der immer mehr sich durchsetzenden öffentlichen Meinung, daß Staat und Gemeinde zur Förderung des Theaters auf nichtkapitalistischer Grundlage Kosten und Pflichten zu übernehmen haben, dürfte es den Kommunalbehörden nicht allzu schwer werden, einen Druck auf die Staatsverwaltung auszuüben, für denartig kulturelle Zwecke weitgehende Zugeständnisse zu machen. Es wäre auch zu begrüßen, wenn durch diese Benennung des Arollischen Theaters die alte Freie Volksbühne als Trägerin des Arollischen Beschlusses über ein eigenes Theater erhalte, wie die Neue Freie Volksbühne mit städtischer Unterstützung bereits die Verfügung über ihr eigenes Theater am Palastplatz erhält. Selbstverständlich ist aber ein solches Zusammenwirken der beiden Volksbühnen auch bei dem neuen Projekt gedacht.

## Rußland.

Auf dem III. Kammermusikabend von Artur Schnabel, Karl Fleisch, Hugo Weder hätte ich die beiden letzten Sätze des ungarischen Haydn-Trios in G-Dur und das erfindungsgläubige G-Moll-Trio von Smetana, Artur Schnabel, evel in der Wiedergabe und eigenwillig in der Auffassung, führte und überherrschte die Streckinstrumente. Fleischs Orgel, die im Adagio inbrünstig lang, verlor an fortgesetzten Strahlen und besonders im Springritsch den Klang. Hugo Weder, dessen Verdienst in der vornehmen Art seiner instrumentalen Unterscheidung liegt, steht in der akademischen Trosthaftigkeit seiner Soloeinfache im Widerspruch zu der Selbstheit seiner beiden Partner.

Die Stimme von Emma Heim hat sich seit ihrem längeren Fernbleiben von Berlin noch bedeutend verbessert und verinnerlicht. Als Wagner-Interprete nimmt sie einen unumstößlichen Rang ein. — Mit sehr klärenden gesanglichen Veranlagung versuchte Paula Djachowsky-Ribicki wieder neuerer Kompositionen zu vermitteln. Neben den unverständlichen

Belege von der Regierung mit der Leitung des Eisenbahntroscens betraut worden ist, obwohl die Eisenbahnen weiter im Privatbesitz bleiben.

Der Aufstand in Kasan nimmt immer größeren Umfang an. Die Exekutivgewalt hat jede Macht über die Massen verloren. Eine drakonische Zensur verhindert die Verbreitung von Nachrichten über den verborgenen Sachverhalt. England verneint seine Truppen. Die Macht der Nationalisten nimmt von Tag zu Tag zu.

Landarbeiterstreik in Pommern. Im Landkreis Greifswald ist ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen, der heute bereits 17 Güter umfaßt.

## Aus der Partei.

### Der neue Landesvorstand der U. S. V. Bayerns.

Der auf dem Parteitag in Nürnberg am 27. und 28. Oktober neu gewählte Landesvorstand hat sich nunmehr konstituiert und zwar wie folgt: 1. Vorsitzender: Hans Unterberg, München; 2. Vorsitzender: Josef Simon, Nürnberg; Schriftführer: Christian Perle, München; Beisitzer: Max Blumtritt, Hof und Hedwig Kämpfer, München.

Das Bureau des Landessekretariates befindet sich ab jetzt auf weiteres in München, Schellingstraße 30 II. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, von Vorstehendem Kenntnis zu nehmen.

## Gewerkschaftliches.

### Aus der Gewerkschaftskommission.

Mit der Wahl eines Sekretärs beschäftigte sich am Donnerstag eine Sitzung der Gewerkschaftskommission. Vorgelesen waren Genosse Vollmerhaus und Böbling. Auch wurde beschlossen, daß die Wahl vertagt werden und eine Neuwahl durchgeführt werden solle. Der Antrag wurde abgelehnt. Da die auf dem Boden unserer Partei stehenden Delegierten sich nicht einigen konnten, beantragte Juch eine Unterbrechung der Sitzung, da mit die Delegierten der Metallarbeiter sich zu einer kurzen Besprechung zurückziehen könnten, zu der die in der U. S. V. organisierten Delegierten eingeladen seien. Nach der Besprechung teilte Juch mit, daß Vollmerhaus erklärt habe, seine Kandidatur zurückzugeben. Auf Grund der neuen Situation schlug Juch vor, daß Böbling erklärt habe, seine Kandidatur zurückzugeben. Auf Grund der neuen Situation schlug Juch vor, daß Böbling erklärt habe, seine Kandidatur zurückzugeben. Auf Grund der neuen Situation schlug Juch vor, daß Böbling erklärt habe, seine Kandidatur zurückzugeben.

Die Verkäuferinnen in den Bäckereien gehören zu den schlechtbezahltesten Arbeiterklassen. Die Zeit der Revolution ist hartlos an ihnen vorübergegangen, werden doch noch Löhne von 25.— und 30.— Mark monatlich gezahlt. Bei der Frau Gotschneider erhalten die Verkäuferinnen nach Abzug der Versicherungsbeiträge noch 25.— Mark und freie Wohnung, für Kost erhalten sie täglich 2.— Mark. Sie sind die Mädchen täglich für 2.— Mark, bedürftigen können, ist wohl Geheimnis der Firma. Die achtstündige Arbeitszeit wird wohl in keinem Geschäft eingehalten. Gehen doch in den meisten Fällen die Verkäuferinnen als zur Familie gehörig, um sie besser ausnutzen zu können. Aber auch diese so miserablen Löhne sind den Bäckermeistern noch zu hoch, man stellt einfach Lehrschüler ein, so dieselben bei der Menge der Lehrschüler auch später Stellung als Verkäuferinnen erhalten, kümmern die Bäckermeister nicht. In manchen Bäckereien sind noch engagiert eine Stütze, die kann die Kinder beaufsichtigen, kochen, waschen, häken und geht auch noch in den Laden, dabei ist sie in ihren Ansprüchen so bescheiden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren versucht nun seit mehreren Monaten mit dem Gewerkschaftsverband der Bäckermeister über einen Tarifvertrag der Verkäuferinnen zu verhandeln, trotzdem der Gewerkschaft bei der letzten Preisverhandlung auch Verkaufsspenden bewilligt sind, haben sie bisher jede Verhandlung vereitelt und verlangen löhnlisch, der Verband solle erst nachweisen, wieviel Verkäuferinnen organisiert sind.

Recht ihr Verkäuferinnen nun, warum ihr so enttäuscht seid? Schließt Euch deshalb Eurer Organisation an, dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren, Verkn. S. D., Engelauer 14/15, damit auch für Euch endlich einmal geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Werden von Reich Jürgen und dem dilettantischen Widerbuchvertoner A. Winterlich ist der weit tragbare, oft gelungene J. Marx durch die Klangmalerei melancholischer, fremdländischer Stimmungen einen eigenen, intimen Reiz aus.

Würdig reihen sich an das Berliner Konzertleben die Musikveranstaltungen des vorbildlich regsamem Bildungs- und Kulturbundes der U. S. V. D. Neulöhne. Am letzten Sonntag wurde der Arbeiterchor in der Aula der Neulöhner Volkshalle wieder ein künstlerisch vollwertiger Kammermusikabend gegeben, auf dem unter der Führung von Hermann Grebe 25 M. u. u. neben kleineren Sachen ein Beethoven- und ein Haydn-Quartett zum Vortrag gelangten.

Die Vertretung des Geistes. Moskwa verleiht in Berlin eine Vorlesung Lahtos, denn es ist Pflicht. Die tschecho-slowakische Regierung verbietet Alexander Weiss die Einreise wegen seiner „kommunistischen Gesinnung“. Die diplomatische Vertretung Frankreichs in Wien verhindert die Aufführung eines Schauspiels des französischen Dichters Romain Rolland; diese Aufführung müßte, wie es in der Meldung heißt, im gegebenen Augenblick als unfruchtbarer Akt bezeichnet werden. Man sieht, die Vertretung ist international. Der Streich des tschecho-slowakischen Diplomaten aber ist so grotesk, daß man den Herrn im Verdacht haben muß, ein Bihobol zu sein, der die nationalstaatliche Beschränktheit zu verfeinern beabsichtigt, in dem er sie im Extrem treibt. Die verblödete Operette dagegen gönnen die Pöbel-Diplomaten den Wienern.

Ehrenden für Dichter. Die Gesellschaft „Das junge Deutschland“ hat in den letzten Wochen Ehrenden an 20. Dezember 1910, nachmittags 3 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum, Köpenickerstraße, einen Vortrag von dem Dichter Max, der gemäß den Preisbedingungen von Verfassern in Kürze an den belgischen Staat zurückgegeben werden muß, Vortragender ist Professor Dr. Paul Schilling, Eintritt für Nichtmitglieder 1 Mark.

Der Dichter Altar. Die Dichter-Gesellschaft Groß-Berlin veranstaltet am Sonntag, den 20. Dezember 1910, nachmittags 3 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Museum, Köpenickerstraße, einen Vortrag von dem Dichter Altar, der gemäß den Preisbedingungen von Verfassern in Kürze an den belgischen Staat zurückgegeben werden muß, Vortragender ist Professor Dr. Paul Schilling, Eintritt für Nichtmitglieder 1 Mark.

